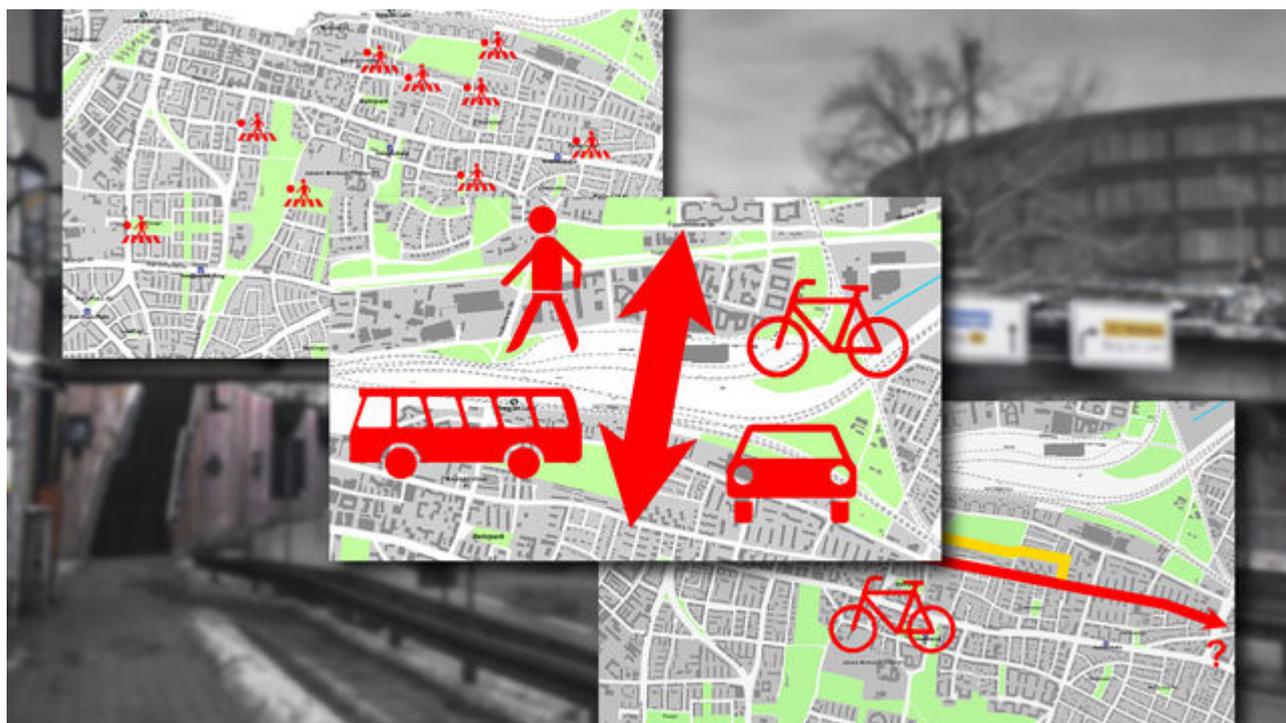


Artikel vom 27.01.2021

Bezirksausschuss berät vier CSU-Initiativen

## Antragspaket zum Verkehr in Berg am Laim beschlossen



Der Bezirksausschuss hat in seiner vergangenen Sitzung vier Anträge der CSU-Fraktion zum Verkehr in Berg am Laim beschlossen. Um folgende Forderungen geht es in dem Antragspaket, das von den Fraktionssprechern Johann Kott und Thomas Höhler sowie Stadtrat Fabian Ewald erarbeitet wurde:

### **Neue Nord-Süd-Verbindung Berg am Laim vorantreiben**

Im ersten Antrag fordert der Bezirksausschuss eine vertiefende Machbarkeitsstudie zu einer neuen Querung der Bahngleise in Richtung Norden für Fußgänger und Radfahrer, aber ggf. auch den Buslinien- und PKW-Verkehr. Neben den verkehrlichen Auswirkungen sollen in diesem Schritt auch eigentums-, bau- und genehmigungsrechtliche Fragen geklärt werden. Der Antrag wurde bei einer Gegenstimme verabschiedet.

### **Ost-West-Radwegverbindung Ostbahnhof-Trudering**

Mit dem zweiten Antrag möchte die CSU erreichen, dass die Planungen für eine durchgängige Ost-West-Radverbindung vom Ostbahnhof durch Berg am Laim bis nach Trudering weiter vorangetrieben werden und dafür nötigen Einzelmaßnahmen eine hohe Priorität eingeräumt wird.

Die vorgeschlagene Streckenführung wäre für Fahrradfahrer eine attraktive Alternative und könnte ohne große Eingriffe in das Hauptstraßennetz realisiert werden. Der Antrag wurde einstimmig verabschiedet.

### **Sicherheit für Fußgänger: Mehr Zebrastreifen für Berg am Laim**

Auch einen Antrag mit zahlreichen Vorschlägen für neue Zebrastreifen und Fußgängerquerungen in Berg am Laim hat die CSU eingebracht. Das Mobilitätsreferat wird um Prüfung gebeten, an welchen Stellen diese dazu beitragen können, die Sicherheit für Fußgänger zu verbessern. Dies wurde einstimmig befürwortet.

### **Fragenkatalog zur Umsetzung des Radentscheids und Bürgerbeteiligung**

Zuletzt hat die CSU zusätzliche Informationen zu den geplanten Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung des 3. und 4. Maßnahmenbündels des Radentscheids und eine umfangreiche Bürgerbeteiligung gefordert. Die Umsetzung der Planungen hätte voraussichtlich Auswirkungen auf Rettungs- und Einsatzzeiten von Feuerwehr, Polizei und Rettungsdiensten, auf die Fahrzeit der betroffenen Buslinien sowie auf den Fluss des PKW-Verkehrs. Zudem wären gegebenenfalls umfangreiche Baumfällungen entlang der Straßen notwendig. Auch ist nicht klar, ob die nötigen finanziellen Mittel bereits im städtischen Mehrjahresinvestitionsprogramm veranschlagt sind. Der Bezirksausschuss hat dem Fragenkatalog einstimmig zugestimmt.